

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage zweimal, am Montag nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Gerbergasse 2) und auswärts bei allen Königl. Postanstalten angenommen.

# Danziger Zeitung.



Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Neumeyer, Kurstraße 50, in Leipzig: Heinrich Hübner, in Altona: Haasenpfein u. Vogler, in Hamburg: J. Tückel und J. Schöneberg.

## Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angekommen den 23. August, Vormittags 10 Uhr.  
New-York, 13. Aug. Es ist kein Zeichen vorhanden, daß die Conföderirten die Absicht haben, Mac Clellan anzugreifen; dieselben concentriren beträchtliche Streitkräfte an den Südufern des Jamesflusses und erobern Independance am Missouri mit einer Masse von Provision. Die Südjournalen melden, daß die Conföderirten am 6. August Batonrouge einnahmen, nachdem sie die Unionstruppen besiegt und deren Lager erobert hatten. General Breckenridge steht am Colletsflusse unweit Batonrouge. Die Südjournalen reklamiren auch den Sieg bei Wazewell nahe Cumberlandcap für sich. Der Bundes-General Phelps gab in New-Orleans seine Demission, weil General Butler zur Bewaffnung der Neger die Lieferung von Waffen verweigerte.

## (W.C.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Paris, 22. August, Abends. Nach der heutigen „Presse“ hätte die Mittelmeer-Flotte Ordre erhalten, nach Toulon zurückzukehren, um zur Disposition der Regierung zu sein. Der „Constitutionnel“ rath der italienischen Regierung energisch zu sein.

Turin, 21. August. Der Senat und die Deputirtenkammer sind durch ein königl. Decret prorogirt worden.

Die „Gazette officielle“ veröffentlicht das Decret über den Belagerungszustand in Sicilien, die Ernennung Eugia's zum außerordentlichen Commissar und eine Proclamation Eugia's an die Sicilianer, in welcher es unter Anderem heißt: Ungeachtet der Worte des Königs, des Votums des Parlaments und der Langmuth der Regierung, welche Zeit gelassen, von den Illusionen zurückzukommen, dauert die Vereinigung bewaffneter Banden unter Garibaldi fort. Die Befreiung einer bedeutenden Stadt durch dieselben ist offene Rebellion. Die Regierung ist entschlossen, diesem Zustande der Dinge, welcher das Geschick Italiens gefährdet, ein Ende zu machen. Alle bewaffneten Banden und tumultuierenden Versammlungen sollen gewaltsam aufgelöst werden. Die Pressefreiheit ist suspendirt. Die Befehlshaber der Truppenabtheilungen zu Messina, Syracus und Palermo werden die Militair- und Civilmacht in sich vereinigen.

## Eine zweite „Lücke“ in der Verfassung.

Die „Sternzeitung“ hatte am 14. August die erste „Lücke“ in der Verfassung entdeckt, nämlich die, daß sie nicht bestimmt, wie die Regierung es anfangen soll, Ausgaben zu machen, die das Abgeordnetenhaus nicht bewilligt hat. Auf diesen Widerspruch nämlich lief, wie wir gezeigt haben, ihr ganzes Raisonnement hinaus. Eine Woche später ist die „Sternzeitung“ dann so glücklich gewesen, eine zweite „Lücke“ zu entdecken, die in nichts Anderem bestehen soll, als darin, daß das Wort „Kriegsherr“, aber nur rein „zufällig“, in der Verfassung ausgelassen sei. Indes meint sie, sei es ja auch gar nicht die Absicht gewesen, den ganzen Umfang der königlichen Gewalt in der Verfassungs-Urkunde zu umschreiben. Ihre altbergrachten historischen Berechtigungen behalte die Krone doch, auch wenn etliche von ihnen in keinem Artikel der Verfassung sich finden sollten.

Nachdem wir in drei Leitartikeln die widerwärtige Tri-

## Die Drehorgeln.

Unter dieser Ueberschrift giebt ein Kölner in einem „Eingekand“ der „R. Z.“ seinem Schmerz über eines der verbreitetsten socialen Leiden unserer Zeit folgenden Ausdruck, für den es an theilnehmendem Verständnis auch in unserem Osten nicht fehlen wird.

Unter allen fatalen Auswüchsen der heiligen Tonkunst ist die Drehorgel die fatalste. In unserer freheitsdurstigen Zeit ist es wirklich unbegreiflich, daß man sich eine Tyrannei gefallen läßt, wie die dieser tönenden Walzen. Wir machen Opposition gegen die Feudal-Aristokratie, gegen die Militair-Bevorzugung, gegen bureaukratische und polizeiliche Uebergriffe. Aber einen Menschen, der ein paar stille Stunden in seinem Zimmer zuzubringen wünscht, lassen diese Mächte alle in Ruhe. Keinem Mitgliede des Herrenhauses wird es einfallen, uns am Felsen der Misérables von Hugo zu verhindern, kein Lieutenant wird uns durchs Waffengeklirr aufschrecken, wenn wir Ausgaben und Einnahmen in ein richtiges Verhältnis zu bringen versuchen, der Mathematiker, der Sprach- und Musiklehrer, sie haben von der Polizei nichts zu befürchten, wenn sie am Baume der Menschheit als getreue Gärtner erhalten und veredelnd arbeiten. Aber der Feiertagsmann, er reißt dich aus allen Himmeln! Er gönnt dir keine Stunde ruhiger Sprach mit dem Freunde, keine erfrischende Lektüre, kein gemüthliches Gehen Arbeit, nichts! am allerwenigsten natürlich etwas persönliches, gute oder schlechte Musikmacherei. Er ist dein böser Dämon, die Personification eines schlechten Gewissens, welches uns mit seinen schlimmen Träumen gerade dann heimsucht, wenn wir hoffen ihm entfliehen zu sein.

„Geben Sie Gedankenfreiheit!“ ruft Posa dem König Philipp zu. Gewiß ein unbedingter Wunsch. Und wir, die wir Rede- und Pressefreiheit und Gewerbefreiheit und was nicht alle für Freiheiten erlangt haben, wir rufen mit Marquis Posa den sehr ehrenwerthen leierkastenbegabten Männern zu, welche unsere Straßen bevölkern: „Geben Sie uns Gedankenfreiheit!“ Man wird uns erwidern, die Majorität der Menschen hat ihre Freude an dem Geklingel dieser wohlfeilen Melodien.

politik nachgewiesen haben, mit welcher das officiöse Blatt die beschworne Verfassung zu mißhandeln sich erdreistet, fällt es uns nicht ein, diese neue Absurdität mit gleicher Ausführlichkeit zu behandeln. Wir wollen den Inspiratoren der „Sternzeitung“ nur kurz und gut unsere Meinung sagen.

Der Ausdruck „Kriegsherr“ ist gar kein Wort von irgend welcher historischer oder staatsrechtlicher Bedeutung. Es ist nichts als eine Erfindung der allernuesten reactionären Romantiker. Die Vorfahren unserer Könige haben, so weit sie bloße Reichsfürsten waren, streng genommen nicht einmal das Recht über Krieg und Frieden besessen, und auch als souveräne Herzöge in Preußen waren sie in der Ausübung dieses Rechtes an die Zustimmung der Stände gebunden. Als Reichsfürsten konnten sie allerdings unter Umständen „Fehde“ erheben; aber zu einer solchen Fehde konnten sie nur die zu Lehnsdienst Verpflichteten berufen und für dieselben keine anderen Mittel verwenden, als die Einkünfte aus ihrem Hausvermögen und aus den vertragsmäßig ihnen zustehenden Steuern und Zöllen. Wenn diese Einkünfte nicht ausreichten, so mußten sie die Stände um Hilfgelder bitten. Das ist die ganze „Kriegsherrlichkeit“, welche den Markgrafen von Brandenburg, Herzögen in Preußen u. s. w. u. s. w. in jenen goldenen Zeiten des Feudalstaates zustand, die die Zunkerpartei, mit der die „Sternzeitung“ jetzt ein so zärtliches Bündniß eingegangen ist, als die allein „historisch berechtigten“ kennt, und die sie aus allen Kräften zurückführen möchte.

Der große Kurfürst jedoch hat das unendliche Verdienst gehabt, diesen Feudalstaat zu vernichten und auf seinen Trümmern einen wirklichen Staat, zunächst freilich in der unzulänglichen und später unmöglich gewordenen Form der absoluten Monarchie, aufzubauen. Wenn wir diese That des großen Mannes vom lediglich juristischen Standpunkte aus betrachten, so müssen wir sie eine Usurpation nennen. Aber sie war eine sittlich und darum auch historisch gerechtfertigte Usurpation. Dieselbe sittliche und historische Berechtigung hat aber auch der überdies in gesetzlicher Form vermittelte Uebergang aus der absoluten in die constitutionelle Monarchie. Es ist eine geradezu lächerliche Behauptung, daß der König seit dem Erlaß der Verfassung zwar in allen übrigen Dingen ein constitutioneller Monarch geworden sei, in Betreff des Heerwesens jedoch zu Gunsten der neomodischen Militairpartei, aber sicherlich nicht zur Erhöhung der Würde der Krone, ein absoluter Monarch geblieben sei.

Als sogenannter „Kriegsherr“ soll der König nach der Ansicht oberflächlich nach der Behauptung der „Sternzeitung“ das Recht behalten haben, das Heer in jeder von dem Militaircabinet ihm vorgeschlagenen Weise zu organisiren, welche Lasten und welche Kosten auch dem Lande daraus erwachsen mögen. Und die „Sternzeitung“ leitet dieses Recht sogar aus denjenigen Bestimmungen der Verfassung ab (Art. 46 u. 47), nach denen der König „den Oberbefehl über das Heer“ führt, und „alle Stellen im Heere“ besetzt. Als ob ein Heer befehligen und ein Heer organisiren ein und dasselbe wäre, und als ob Stellen im Heere „besetzen“ so viel hieße, als neue Stellen im Heere schaffen!

Doch was nützt ein Streit mit der „Sternzeitung“ über die Auslegung der Verfassung? Wir haben nur zu antworten: Wenn das Militaircabinet das Recht in Anspruch nimmt, allein über die Organisation des Heeres und über die Schaffung neuer Officierstellen gehört zu werden, so mag es auch allein dafür Sorge tragen, daß die neuen Kosten aus dem Privatschatze der Krone bestritten werden. Soll aber

Wir werden darauf zurückkommen — aber ist denn die Mithandlung der Minorität zum Plaisir der Majorität irgendwie zu rechtfertigen? Daß man uns zum Nutzen der Mehrzahl aus unsern Häusern hinaus expropriirt, es mag unvermeidlich sein — aber daß man uns zum Amüsament unserer Nachbarn aus unserm eigenen Gehirnkasten hinausjagt — der exaltirteste Revolutionär wird das nicht zu verheißigen wagen. Und wenn das allgemeinste, auf Weiber und Kinder ausgehende Stimmrecht ergäbe, daß von 100,000 Menschen 80,000 sich für die Orgeln erklärten, sie hätten das Recht nicht, deshalb die anderen 20,000 molestiren zu lassen!

Aber dieses Verhältniß würde sich durchaus nicht ergeben. Wir wollen zugestehen, daß es der Majorität — gleichgiltig ist, die Lust von diesen Klängen mag vernünftiger zu wissen — daß dem Arbeiter in Leder und Zwirn der Faden nicht reißt, dem Verkäufer mit Elle und Maß die Schlußrechnung nicht entfällt beim Anhören dieser Dubeleien — Freude können sie in einer Zeit, wo verhältnißmäßig gut ausgeführte Musik Jedermann so leicht zu hören geboten ist, nur in den festesten Fällen machen. Dazu würde doch vor Allem gehören, daß diese Maschinenmusik rein sei — daß die Stücke wirklich passend dafür gewählt, daß sie auch halbwegs wohlklingend gesetzt seien.

Aber das ist nur ganz ausnahmsweise der Fall. Stücke aus italienischen Opern, die der ganzen Vortragskunst einer schönen Stimme bedürfen, um zu wirken, werden in dieser eintönigen Weise geradezu unaussprechlich langweilig, einen frischen fidelen Tanz bekommt man fast nie darauf zu hören. Und lämen diese Weisen einem nur einmal in der Woche, einmal am Tage zu Ohren! Aber durch zwei, drei neben einander liegenden Straßen fängt die Dubelei durch lange Stunden immer wieder von vorn an, und — wir mögen uns irren, aber wir glauben nicht, daß es Leute giebt, die es für einen Ohrentigel halten, jede Woche 77 mal eine Polka von Offenbach, 88 mal ein Lied von Rüden und 99 mal ein Duett aus der Norma zu hören.

Die würdigen Männer aber, welche diese schöne Kunst des Orgeldrehens zu ihrem Lebensberufe gewählt haben, die,

das Volk die Mehrkosten einer neuen Organisation tragen, so will und wird es diese Kosten nicht anders bezahlen, als wenn diese Organisation von seinen gesetzlichen Vertretern gebilligt und durch ein verfassungsmäßiges Gesetz festgestellt ist, und als wenn diese Vertreter die betreffenden Kosten mit der Regierung vereinbart und im Staatshaushaltsgesetz genehmigt haben. Wo wir nicht mitrathen, da wir nicht mitthaten, und eine Organisation, die nicht mit unseren Vertretern vereinbart ist, wollen wir auch nicht bezahlen.

Das ist unser Recht auch, aber nicht bloß nach Art. 99 der Verfassung, und an diesem Rechte festzuhalten, gebietet uns die Pflicht gegen uns selbst und gegen unsere Nachkommen. Darum halten wir an ihm fest.

## Deutschland.

\* Berlin, 22. August. Die naheende Entscheidung der Militärfrage regt zu immer umfangreicherer Betheiligung an derselben im ganzen Lande an. Die Urwähler und Wahlmännerkörperchaften kommen zusammen, um das Verhalten der Abgeordneten und der Regierung genau zu prüfen und in Adressen oder Resolutionen ihre Uebersetzung auszusprechen. Für unsere politische Fortbildung sind diese Versammlungen und Besprechungen von höchstem Nutzen, namentlich wenn alle Parteianhänger in ihnen ihre Vertretung finden und in sachgemäßer und leidenschaftloser Discussion, immer die Augen nur auf den wahren Gemeinwohl gerichtet, zur Verständigung und wenigstens zur Feststellung der herrschenden Auffassung und Beurtheilung sämtlicher einschlägigen Fragen gelangen. Der hohe Werth dieser Rundgebungen für die sichere Erkenntniß der öffentlichen Meinung ist wahrlich nicht zu unterschätzen. Sie vervollständigen und bekräftigen die Ergebnisse der Untersuchung der allgemeinen Stimmung durch die Presse und geben den Entscheidungen unserer Vertreter im Landtag ein desto größeres Gewicht, weil sie von der vollkommenen Uebereinstimmung der Wähler mit ihnen unanzweifelbares Zeugniß ablegen. Zwar haben in der Hauptsache die Wahlen selbst schon ein Votum des Landes constatirt, das schwer genug ins Gewicht fällt. Doch ist es nicht weniger wünschenswerth, daß die Regierung auch die Meinung des Volks über die neuerlichst von der Sternzeitung aufgestellten staatsrechtlichen Doctrinen erfährt, namentlich in welchem Grade ihm seine verfassungsmäßigen Rechte im Einzelnen zum Bewußtsein gekommen. Die Sternzeitung hat heute begonnen, den Beweis zu versuchen, daß, selbst wenn die Regierung auf die zweijährige Dienstzeit einging, das Militärbudget nicht so erheblich geringer ausfallen würde, als die Majorität des Abgeordnetenhauses herausgerechnet hat. Wenn dies wirklich der Fall wäre, so müßte die Regierung darin nur einen energischen Sporn finden, sämtliche Militärausgaben mit der Landesvertretung einer desto genaueren Prüfung zu unterwerfen und alle Mittel desto ernstlicher in Erwägung ziehen, mit denen man das gewünschte Ziel erreicht, ohne die Lasten des Landes in gefährdender Weise zu erhöhen.

† In der heutigen Sitzung der Budgetcommission verhandelte sie über die vorgeschlagenen Resolutionen. Ein Theil derselben wurde bei der Debatte zurückgezogen, ein anderer wenig berücksichtigt. Es handelt sich vornehmlich um folgende drei:

I. Resol. Kirchmann: Das Haus wolle, nach erfolgter Ablehnung des Extraordinarii des Militair-Stats beschließen:

wie wir hören, 12 Thlr. Gewerbesteuer dafür zahlen, um so thätig eingzugreifen in Leid und Freud ihrer Mitmenschen, verdienen sie denn keine Berücksichtigung? Unserer Meinung nach ist diese Art der Bettelei — denn was ist es anders für einen Menschen, der noch Kraft hat, Holz zu spalten — eine der entehrtesten. Wären es alte, schwache Leute, denen die Gesellschaft keine andere Art des Lebens-Unterhaltes bieten könnte, man würde noch irgend etwas zu ihren Gunsten vorzubringen haben — aber solchen ist es unmöglich, mit so schweren Lasten beladen den ganzen Tag und halbe Nächte auf den Straßen herum zu hungern. Nein, es sind Leute in der vollkommensten Kraft des männlichen Alters, oft in der herrlichsten Fülle prangender Jugend, die sich auf diese Weise zu Maschinen machen. Wir lassen uns den blinden Clarinetisten auf dem Pont neuf gefallen, er hat doch einen Anflug persönlichen Talents, — er besitzt eine Anfrimtheit und, was das Beste ist, er sitzt in Paris auf einer Brücke. Aber die Verleihung des Drehorgel-Patentes an die Leute, welche man meistens davon Gebrauch machen sieht, ist weiter nichts als ein Privilegium, welches der Faulheit und dem Vagabundenthum verliehen wird. Weg mit solchen Privilegien!

In der Haupt- und Residenzstadt Berlin darf keiner dieser populären Virtuosen auf der Straße sein Talent brilliren lassen — es steht aber jedem Haus-Eigenthümer frei, sich einen solchen in seine Wohnung herein zu rufen und sich dann nach Herzenslust dem gebotenen musikalischen Genuße hinzugeben. Das ist vorläufig das einzig Richtige, wenn es cultivirteren Zeiten als den unseren aufbewahrt zu sein scheint, eine so unmusikalische Musikmacherei aus gebildeten Städten ganz zu verbannen. Mag die liebende Mutter um einige Pfennige den Säugling in seiner Wiege in den Schlaf orgeln lassen, mag die liebende Köchin sich und ihrem Infanten ein kleines Abend-Concert veranstalten, möge tanzlustigen Kindern eine Sonntagsfreude im Hofraume nicht mißgönnt werden, aber lasse man Menschen, die nun einmal von solch todtem und doch so lautem Geklingel benurruht, gestört, gepeinigt, ungenüßt, gemartert, gefoltert werden, lasse man solche doch unangefochten!



die Königl. Staatsregierung aufzufordern: 1) dem Landtage eine Vorlage zu machen, aus welchem die Summen ersichtlich sind, die erfordert werden, um a. die über die einzelnen Titel des bewilligten Etats für 1862 bereits gemachten Ausgaben zu decken; b. die Armee in kürzester Frist aus der Kriegsbereitschaft in die der Verfassung und den bestehenden Gesetzen entsprechende Organisation zurückzuführen; 2) im Fall die Königl. Staatsregierung diese Heeresorganisation den gegenwärtigen Verhältnissen nicht mehr für entsprechend erachtet, dem Landtage einen Gesetzentwurf über die in dieser Organisation zu treffenden Änderungen zur verfassungsmäßigen Zustimmung vorzulegen.

II. Resol. Birchow: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen zu erklären: 1) die neue gegenwärtige Einrichtung des Heeres entspricht weder den gesetzlichen Grundlagen unserer Verfassung, noch der allgemeinen politischen Lage, noch den finanziellen Kräften des Staates; 2) die in dem Gesetz vom 3. Sept. 1814 zugesagte „gesetzmäßig geordnete Bewaffnung der Nation“ kann nur durch eine vollkommene Entwicklung der Landwehr und durch Verkürzung der Präsenzzeit des stehenden Heeres erreicht werden; 3) sobald ein in diesem Sinne entworfenes Gesetz verfassungsmäßig festgestellt ist, wird das Haus der Abgeordneten gern bereit sein, alle diejenigen Mittel zu bewilligen, welche die Finanzlage des Staats aufzuwenden gestattet, um eine bessere Organisation des Heeres, eine vollständigere Beschaffung der Kriegsmittel, eine höhere Eshnung der Mannschaft herbeizuführen. — Dazu hat v. Hoyerbed das Amendement gestellt, sub 2) hinzuzufügen: „auf längstens zwei Jahre“.

III. Resolution der Abgeordneten von Fordenbeck, Behrend, Harfort, v. Bärst, Dahmann, Oppermann: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: in Erwägung, daß bei der Beschlußnahme über den von der Staatsregierung vorgelegten Militäretat die Mittel für eine Fortdauer der Kriegsbereitschaft abgelehnt sind; in Erwägung ferner, daß dem zu Folge das Heer aus der seit dem ersten Januar 1862 lediglich auf eigene Verantwortung der Staatsregierung aufrecht erhaltenen Kriegsbereitschaft in eine der Verfassung und den Finanzkräften des Landes entsprechende Organisation überzuführen ist, die Staatsregierung aufzufordern: 1) das Behufs dieser Organisation erforderliche Gesetz dem Landtage ungesäumt vorzulegen und 2) gleichzeitig demselben eine Vorlage zu machen, aus der die Summen ersichtlich sind, welche über die im Etat pro 1862 genehmigten Mittel erfordert werden, und welche ergibt, wie die Kosten a. der bisherigen Kriegsbereitschaft, b. der Ueberführung aus der Kriegsbereitschaft in die durch Gesetz geregelte Organisation zu decken“.

Hierzu hat Abgeordneter v. Fordenbeck persönlich das Amendement gestellt: Statt No. 1) zu sagen: „Dem Landtage einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher bei Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht, Aufrechterhaltung und Fortbildung der Landwehr eine erhebliche Verminderung der bei den Fahnen versammelten Mannschaften des stehenden Heeres durch Verkürzung der Präsenzzeit herbeiführt und auf diese Weise die Organisation des Heeres mit den Finanzkräften des Landes dauernd in Einklang bringt“.

Bei der Abstimmung wurden alle Resolutionen abgelehnt; die Resolution v. D. Leeden mit allen gegen eine Stimme, die Resolution Kirchmann ebenso; die Resolution Birchow mit allen gegen 4 Stimmen, das Unteramendement von Hoyerbed mit 17 gegen 15, das Amendement Fordenbeck mit allen gegen 2, die Resolution Fordenbeck mit allen gegen 11 Stimmen. Dadurch wurde zugleich der frühere Beschluß erledigt, nach welchem beantragt werden sollte, daß das Haus die Resolutionen erst nach der Verathung des Etats pro 1862 berathe. — Aus der Verathung haben wir Folgendes als bemerkenswerth hervor:

Abg. v. Kirchmann gegen die Resolution Fordenbeck: Das ungesäumte Einbringen einer Vorlage werde den Conflict nicht beseitigen; vielmehr gehe dann der Conflict erst an; auch sei das Herrenhaus in Rechnung zu ziehen; übrigens bedürfe es keines neuen Gesetzes; das von 1814 reiche aus; es sei eben Sache der Regierung allein, ob sie mit dem Gesetz von 1814 auszukommen meine; wenn nicht, könne sie ja ihrerseits einen neuen Gesetzentwurf vorlegen.

Abg. v. Hoyerbed gegen jede Resolution: Eine Resolution sei am Platze, wenn es sich um einen Compromiß handle; aber die Regierung zeige kein Entgegenkommen; sie habe vielmehr fortwährend das Recht des Landes verlegt; man müsse ihr unter solchen Umständen keine Brücken bauen. Der Standpunkt des Hauses solle die Resolution klarlegen; aber die Regierung werde schon aus der Verathung des Etats sehen, was das Haus wolle; dem Lande gegenüber habe man es, gottlob! auch nicht nötig. Wollte man aber doch eine Resolution, so sei er für die Resolution Birchow mit seinem Amendement. Wenn immer vom „patriotischen Entgegenkommen“ gesprochen werde, wo es um ein Aufgeben eines Rechtes der Landesvertretung sich handle, so wolle er das „Patriotische“ auch einmal für die in Anspruch nehmen, welche das Recht des Landes wahren.

Abg. v. Fordenbeck: Die Landesvertretung dürfe nicht bloß ein Rechenexempel machen, sondern müsse sagen, wie aus dem Conflict herauszukommen sei; das Land verlange das auch; wohl habe die Regierung das Recht des Landes verlegt; das müsse man allerdings wahren; aber allsufach mache schartig. Das Land wolle allerdings eine Aenderung des Gesetzes von 1814 dahin, daß die zweijährige Dienstzeit festgestellt, daß Jeder gegen eine längere Dienstzeit gesetzlich gesichert werde. — Schließlich erkläre er, daß er der Regierung die Indemnität für die seit dem 1. Januar 1862 verausgabten Gelder nicht ertheilen werde, wenn sie nicht den Weg der gesetzlichen Regelung beträte.

Für die ursprüngliche Fordenbeck'sche Resolution erklärten sich auch die Abgeordneten Tschow, Behrend, v. Sybel, Oppermann, Vorsch, Harfort; principiell gegen jede Resolution, eventuell für diese: Twesten, Schubert, Stavenhagen, Ditterrath. — Abg. Birchow vertheidigt seine Resolution. — Gegen jede Resolution sprechen die Abgeordneten André, v. Hoyerbed, Klog, Forstmann.

Abg. André: Die Regierung allein trage die Verantwortlichkeit für den jetzigen Zustand; diese Verantwortlichkeit solle man ihr lassen; man müsse die Militärfrage als eine reine Budgetfrage behandeln; die Regierung behandle sie ja selbst so. Was solle die Resolution? Der Regierung sagen, was sie thun solle? Das wisse sie schon von selbst! Und das Land — wenn es die Militärfrage selbst nicht verstehe, dann werde es die Resolutionen noch weniger verstehen. — Abg. v. Hoyerbed: Er hoffe, die jetzige Landesvertretung werde nicht die Schuld der vorigen theilen. — Die Fordenbeck'sche Resolution trage der Regierung eine Indemnität entgegen für eine offenbare Gesetzesverletzung, das gehe zu weit. Die Gefahr

der Zersplitterung liege vor: in dem Widerstand gegen die Reorganisation sei man völlig einig, nur nicht darin, ob und wie weit man das Alte wieder wolle, oder ob und wie weit ein Neues.

Abg. Forstmann gegen jede Resolution: Die Fordenbeck'sche Resolution richte Aufforderungen an die Regierung, die zu stellen nicht erst nötig sei; daß die Regierung ein Gesetz einbringen müsse, wenn sie nicht auf den Stand von 1859 zurückwolle, und daß sie eine Indemnität fordern müsse, wenn sie nicht das verausgabte Geld aus eigener Tasche bezahlen wolle, das verstehe sich von selbst; die Resolution enthalte eine Art Entschuldigung, daß die Commission so viel gestrichen habe. — Die Regierungskommissarien vertheidigen das bisherige Verfahren der Regierung und erklären sich gegen sämtliche Resolutionen. — Oberst v. Bode äußert dabei, volksthümlicher verlange man das Heer; man möge nur sagen wie das gemeint sei; Turner und Schützengörps könne man doch nicht so in das Heer einrangiren. Ob das neue System stichhaltig sei, habe man freilich noch nicht erproben können, da wir nicht so glücklich seien, einen Kautasus oder ein Algier zu haben, aber die Regierung glaube das Richtige getroffen zu haben; sie werde an dem Bisherigen festhalten, bis ihr ein Besseres gezeigt werde. Ein Gesetz wolle sie vorlegen, aber erst in der nächsten Session.

+ In der heutigen Sitzung der Handelscommission hat der Ministerialcommissar Delbrück eine mündliche Erklärung folgenden Inhalts abgegeben: Braunschweig sei dem französischen Handelsvertrage rückhaltlos beigetreten, Badens Zustimmung als gesichert anzusehen; von Hannover werde man eine materielle Erklärung verlangen; beide Hessen, Nassau und Frankfurt haben sich noch nicht erklärt; Frankfurts Zustimmung stehe in Aussicht. An Württemberg und Baiern würde die Regierung antworten, daß sie die Vollmachten nicht überschritten habe. Die Regierung werde vor weiteren Schritten den Eingang sämtlicher noch fehlenden Erklärungen abwarten, demnächst aber versuchen, die Dissidenten umzustimmen, wobei bemerkt wird, daß der erste October kein Präcisionstermin für das Zustandekommen des Vertrages mit Frankreich sei. Die Regierung sehe sich nicht veranlaßt, die Erklärung Baierns zu veröffentlichen. — Abgeordnete Michaelis und Krieger (Ludewalbe) haben jeder eine Resolution eingebracht, welche gegenüber den neuesten handelspolitischen Schritten Oesterreichs und seiner Verbündeten unserer Regierung das Festhalten an den Grundsätzen des mit Frankreich geschlossenen Handelsvertrages empfiehlt.

Se. K. H. Prinz Albrecht hat bei Mr. Turner in Woolwich Zeichnungen seines Kuppelschiff-Modells zum Nutzen der preussischen Marine bestellt. Das Schiff, welches nach Mr. Turners Plan gebaut werden soll, enthält einen feststehenden Schild, aus welchem nach jedem beliebigen Höhen oder niederen Punkte 26 Kanonen abgefeuert werden können. Auch der Panzer des Schiffes unterscheidet sich von den bis jetzt fertigten; er besteht aus Platten, deren jede man, im Falle einer Beschädigung, einzeln wegnehmen und ersetzen kann. Das Schiff, welches auf 8700 Tons Gehalt berechnet ist, wird außerdem einen Widder von 8 Fuß Länge führen.

Die Feriendeputation des Criminalgerichts hat gestern auf Vernichtung der Art. 130 und 152 der Leipziger „D. A. Z.“ und der Nr. 77 der „Hamb. Ref.“ erkannt. Sie enthielten Artikel über das Verbrechen des preussischen Ministeriums in der kurheffischen Angelegenheit, in welchen Beleidigungen der Minister und Schmähungen der Anordnung der Obrigkeit gefunden wurden.

Die „Wochenschrift des Nationalvereins“ ist von der hiesigen Polizeibehörde mit Beschlag belegt.

(M. Z.) Die Nachricht, daß auch Hannover seinen Beitritt zu den mit Frankreich vereinbarten Verträgen verweigert habe, ist nicht correct. In der vom 16. d. datirten Erklärung der hann. Regierung steht man sich vergebens nach einer genau formulirten Aeußerung um. Es ist darin ganz allgemein von Bedenken die Rede, denen die hann. Regierung „nicht umhin gekonnt habe, Wichtigkeit beizulegen“ und die ihre Begründung theils in dem materiellen Inhalte der Verträge, theils in den Rückwirkungen auf die besondere Stellung Hannovers im Zollverein hätten. Inzwischen ist die Antwort unserer Regierung auf die ablehrenden Erklärungen Baierns und Württembergs im Ministerium des Auswärtigen bereits redigirt und es heißt, daß dieselbe am Sonnabend abgehen würde. So viel man hört, beantwortet Graf Bernstorff jene Erklärungen mit einer formellen Kündigung der Zollvereins-Verträge. — Die Wiederherstellung des diplomatischen Verkehrs mit dem Kaiser Hofe wird auf speciellen Befehl des Königs nicht eher erfolgen, als bis die kurheffischen Verfassungs-Verhältnisse ihre endgiltige Regelung gefunden haben werden.

Stettin, 22. August. Am Vollwerk liegt jetzt ein eisernes Schraubenzugfahrzeug im Laden, welches für Wolgaster Rechnung aus der Maschinenbauanstalt „Vulcan“ erbaut ist. Dasselbe geht unbeladen nur 4" tief und soll mit 4000 Ctr. Ladung nur 4" Tiefgang haben.

Frankfurt, 20. August. Der preussische Bundestags-Gesandte, Herr v. Ubedom, hat unsere Stadt verlassen und sich fürs Erste nach Badenweiler begeben.

Aus Offenbach, 22. Aug., geht der M. Z. folgende telegraphische Depesche zu: Bei der heutigen Landtagswahl zeigte sich eine ungeheure Theilnahme der städtischen Bevölkerung. Schon in erster Abstimmung war der entschiedene Sieg der Fortschrittspartei gesichert.

Augsburg, 20. August. Die Conferenz deutscher Abgeordneten hat mit 18 gegen 9 Stimmen beschlossen, eine Versammlung von liberalen Abgeordneten wo möglich auf den 28. September nach Weimar zu berufen und in diesem Sinne eine Antwort an Prinz zu richten.

Aus Holstein, 20. August. Nachdem die Verhandlungen mit dem Grafen Moltke wegen Uebernahme des holsteinischen Ministeriums gescheitert, sind solche mit dem Bürgermeister von Kiel, dem durch seine schleswig-holsteinischen Antecedentien und wenig rühmlichen Privataffären hinlänglich bekannten Herrn Barger angeknüpft worden.

Wiesbaden, 20. August. Auch die erste Kammer hat den deutsch-französischen Handelsvertrag angenommen und erklärt, daß die Regierung denselben ohne Consens der Landesvertretung nicht ablehnen dürfe.

Hannover, 21. August. So eben erscheint folgende Verordnung: Als Wir am 14. April d. J. unsern evangelisch-lutherischen Unterthanen „Doctor Martin Luther's Kleinen Katechismus mit Erklärung“ als ein werthvolles Gut darboten, gingen Wir von der selten Voraussehung aus, daß die Gabe mit dankbarer Anerkennung entgegengenommen werde. Wir konnten daran nicht zweifeln, weil Wir, getreu

den Grundsätzen der Reformation, auch jetzt noch des Glaubens sind, daß der neue Landes-Katechismus die evangelische Wahrheit lauter und unverfälscht dem lutherischen Bekenntnisse entsprechend enthielt. Jetzt erfahren Wir zu unserm Schmerze, daß eine große Anzahl unserer evangelisch-lutherischen Unterthanen, in Anhänglichkeit an den von ihren Vätern überkommenen Katechismus, die dargebotene Gabe willkommen zu heißen Bedenken trägt, daß man sogar, an einzelnen Sätzen des neuen Landes-katechismus Anstoß nehmend, den evangelischen Glauben bedroht und die Gewissen beängstigt erachtet. Es liegt Uns aber am Herzen, die Gewissen zu schonen, der Kirche den Frieden zu erhalten, und nicht durch Zwang den Segen zu verkümmern, welcher durch freie und freudige Aneignung bebingt ist. Demgemäß wird das Gebot der allgemeinen Einführung des neuen Landes-katechismus aufgehoben, und soll sein Gebrauch nur da stattfinden, wo er mit Bereitwilligkeit aufgenommen wird.“

Dresden, 20. August. Es ist wieder ein Maiflüchtling, der Strumpfwirkermeister Sallmann aus Limbach, amnestirt.

#### Portugal.

Lissabon, 17. August. Ein königliches Decret giebt die Kornzufuhr auf dem Seewege frei bis zum April nächsten Jahres. (Hiernach berichtet sich die von uns der „D. A. Z.“ entlehnte Nachricht, welche das Gegentheil meldete.)

#### Frankreich.

Paris, 20. Aug. (R. Z.) Die Nachricht, daß Garibaldi seinen Einzug in Catania gehalten, hat hier darum so große Sensation erregt, weil man geglaubt hatte, daß ihn die gegen ihn gesandten Truppen daran verhindern würden. Jetzt zweifelt man hier nicht mehr, daß es ihm gelingen wird, Calabrien zu gewinnen, und daß alsdann ganz Neapel sich erheben werde. — Der Kaiser wurde dieses Mal im Lager von Chalons mit großer Feierlichkeit empfangen: die ganze Armee war in Schlachordnung aufgestellt. Tausend und fünfundzwanzig Kanonenschüsse begrüßten den Herrscher. Der Kaiser, von einer großen Anzahl Offiziere umgeben, durchritt das ganze Lager. Ihm voraus fuhr der kaiserliche Prinz, in Corporals-Uniform, in einem offenen Wagen. — Prinz Napoleon hat bei einer Spaziersfahrt auf dem Genfer-See seine kleine Dampf-Yacht mit einer großen dreifarbigten Fahne schmücken lassen. Dies erregte in Genf ein lebhaftes Mißvergnügen; man soll sogar in Abwesenheit des Prinzen auf die Tricolore geschossen haben. Auf die deßhalb hier vorgebrachten Reclamationen des Prinzen soll man ihm den Wunsch zu erkennen gegeben haben, er möge lieber in Zukunft eine gewöhnliche Flagge aufziehen. — Der „Constitutionnel“ bringt eine Correspondenz aus Orizaba vom 11. Juli: „Orizaba wird mit jedem Tage unheimlicher. Der Feind, durch die ihm am 14. Juni ertheilte Lection entnuthigt, wird wahrscheinlich nicht wieder kommen. Es scheint gewiß, daß Uneinigkeit in dem Lager der Liberalen herrscht, und man spricht von der Ersetzung Saragozas, der nicht länger die Verantwortlichkeit des Commandos tragen will. Im Ganzen genommen, bereitet sich Alles wunderschön zur Herbst-Campagne vor. Der Feind wird uneins, das Land gewöhnt sich an die französischen Truppen, (?) die, wenn einmal die Verstärkungen angekommen sind, ohne Zweifel keinem ernstlichen Widerstande mehr begegnen werden.“

Am 15. August wurde in Algerien die erste Eisenbahnstrecke, die von Algier nach Blidah, feierlich eingeweiht.

#### Italien.

(R. Z.) Der Verlust der Freischärler bei der Schlageri unweit Virgenti beschränkt sich auf zwei, der Truppen des Generals Eugia auf fünf Tode, und, was wichtiger ist, der Streit entstand nicht aus politischen Antipathien, sondern aus Neide. — Das römische National-Comité hat ein Manifest erscheinen lassen, worin es die Römer im Hinblick auf das Proclam Victor Emanuels ermahnt, noch etwas Geduld zu haben. — König Franz II. fühlt sich unter dem Schutze der französischen Fahne wieder so sicher, daß er von Rom aus eine heftige Protestation gegen Italiens Anerkennung durch den Kaiser Alexander erlassen hat. — Gegen vierzig ehemalige Garibaldi'sche und nun in der Linien-Armee stehende Officiere haben ihre Entlassung eingereicht.

Der „R. Z.“ wird aus Brüssel geschrieen: Es sind heute wichtige Nachrichten angekommen, aus denen hervorgeht, wie der Knoten sich immer fester schürzt. Garibaldi ist in Catania und er hat die Stadt mit Barrikaden verschließen lassen. Die Königlichen haben ihn ihrerseits zu Land und zur See blockirt. Nicotera ließ die telegraphische Verbindung der Stadt zerstören. Garibaldi ist mit Mädel aufgenommen worden. Die Agitation in Süditalien ist sehr stark und es ist nun für die Regierung eine Lebensaufgabe geworden, sich Garibaldi's in kürzester Zeit zu bemächtigen und zugleich die öffentliche Meinung durch wesentliche Concessionen wegen Roms zu beruhigen. In Turin schmeichelt man sich, Frankreich werde nicht länger säumen und Italien thatkräftig zu Hilfe kommen. — Heute habe ich einen Brief aus Paris zu Gesicht bekommen, der von einem hochgestellten Militär herrührt, dessen Bruder in der unmittelbaren Nähe des Kaisers lebt. Darin wird gesagt, „die Armee sympathisire zum großen Theil mit Garibaldi; dieser habe Recht, vorwärts zu wollen, und die Rolle der Franzosen in Rom sei eine unmögliche, sie vertrete dort kein Princip und stehe ihren eigenen Interessen und Sympathien im Wege.“

#### Danzig, den 23. August.

\* [Depesche des Erntewettervereins.] Angelommen 23. Aug., Vorm. 10 Uhr. Moskau, 23. Aug. 8 U. 50 M. Vorm. Gewitter aus West. Wind bleibt in West mit Regen. Barometer fest, 337.

\* Der heutige Staatsanzeiger publicirt das Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreis-Obligationen des Pr. Stargardter Kreises im Betrage von 80,000 Thalern, II. Emission.

\*\*\* [Sommertheater.] Das gestrige Benefiz für Frau Martini brachte zuerst ein französisches Lustspiel: „Die Schauspielerin“, eine Uebersetzung Garricks in dem bekannten „Dr. Robin“ ins Weibliche, der aber hier ein verführlicher Schluß beigegeben ist. Fräulein Gerhard spielte den weiblichen Garrick sehr brav und wurde darin besonders von Herrn v. Moser unterstützt, welcher den Vater des zu curirenden Liebhabers gab. — Ein Tanz Fräulein Meinede's fand lebhaften Beifall. — Das alte Koberue'sche Stück „Der Lügner und sein Sohn“ war durch neue Bearbeitung und das sehr lebendige Spiel der Herren v. Moser und Woltered erträglich gemacht. Zum Schluß bildete die erste Aufführung einer hier noch nicht gehörten Operette von Offenbach „Fortunio's Lied“ auf einen Erfolg, wie „Orpheus“ ihn hatte, hat dieselbe nicht zu rechnen. Die Handlung ist sehr unbedeutend, sie bildet nur



August	Wind.	Barom. Stand in Var. Lin.	Therm. im Freien.	Wind und Wetter.
22	4	335.64	+ 20,1	SSW. flau, hell u. schön, kimm. bew.
23	8	335.34	+ 16,3	SSW. mäßig, hell u. schön.
	12	335.45	+ 21,9	do. do. do.



